

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 1 (1887)

65 (30.11.1887)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-359036](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-359036)

Norddeutsches Volksblatt.

Abonnement:
 pränumerando frei ins Haus:
 vierteljährlich . . . 1 Mk. 50 Pf.
 für 2 Monate . . . 1 " " "
 für 1 Monat . . . 50 " "
 excl. Postbestellgeld.

**Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,
 für Politik und Unterhaltung.**

Erscheint
 jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
 die vierpaltige Zeile 10 Pf.,
 bei Wiederholungen Rabatt.

Redaktion und Expedition: F. Kühn, Bant.

Abonnements-Einladung.

Am 1. Dezember eröffnen wir ein neues Abonnement auf das „Norddeutsche Volksblatt“ zum Preise von 50 Pf. monatlich, 1 Mark für 2 Monate u. 1.50 Mk. vierteljährlich inkl. Bringerlohn. Durch die Post bezogen 1.50 vierteljährlich excl. Postbestellgeld. Das „Nordde. Volksblatt“ ist in der Postzeitschriftenliste unter Nr. 4086b eingetragen und nehmen alle Briefträger Bestellungen entgegen. Für Bant, Wilhelmshaven und Umgegend nehmen Abonnements, sowie auch Inserate entgegen sämtliche Austräger, sowie die unterzeichnete Expedition. Die Haltung unseres Blattes dürfte den Lesern bekannt sein, und werden wir nach wie vor, unseren Grundsätzen getreu, eintreten für Wahrheit, Freiheit und Recht! Der Leserkreis unseres Blattes vermehrt sich stetig und haben Inserate den besten Erfolg.

Zu recht zahlreichen Abonnement ladet ein

Die Expedition des „Nordd. Volksbl.“

F. Kühn, Bant-Wilhelmshaven.

Tagesbericht.

Deutscher Reichstag. Am 24. November, Mittags 12 Uhr, fand die Eröffnung des Reichstags im Weißen Saale des königlichen Schlosses statt. Der Stellvertreter des Reichstagspräsidenten, Staatsminister v. Bötticher, verlas folgende Eröffnungsrede:

Geehrte Herren! Die Wiederaufnahme der Arbeiten des Reichstages fällt in eine ernste Zeit. Das schwere Leiden, von welchem Sr. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz heimgeführt ist, erfüllt nicht nur Sr. Majestät den Kaiser, sondern auch Allerhöchstdieselben hohe Verbündete und das ganze deutsche Volk mit banger Sorge. Was menschliche Wissenschaft und Kunst, was sorgsame Pflege zu thun vermögen, um die drohende Gefahr zu bekämpfen, wird nicht versäumt werden. Unsere Blicke und Gebete aber richten sich zu Gott, nach dessen Rathschluss die Geschicke der Völker wie des einzelnen Menschenlebens sich erfüllen. Festes Gottvertrauen und treue Pflichterfüllung sind zu jeder und besonders in schwerer Zeit die bewährten Stützen unseres Volkes gewesen. Sie werden uns auch heute befähigen, den Aufgaben, welche den gesetzgebenden Körpern des Reichs bevorstehen, gerecht zu werden.

Voran steht unter diesen Ihre verfassungsmäßige Mitwirkung bei der Feststellung des Reichshaushaltsplanes. Der Etat ist wiederum unter Bethätigung strenger Sparsamkeit und Zurückhaltung der nicht unaufschiebbaren Ausgaben aufgestellt worden. Er zeigt eine erfreuliche Besserung der Finanzlage, obwohl die Wirkungen der in der vorigen Session des Reichstages vereinbarten ausgiebigeren Besteuerung des Zuckers und Branntweins in, ihrem vollen Umfange erst den späteren Etatsperioden zu gute kommen werden, so läßt doch schon das nächste Rechnungsjahr einen Ueberschuß aus dem Reichshaushalt erwarten, welcher — selbst nach Gegenrechnung der Matricularbeiträge — sich annähernd auf etwa 50 Mill. Mk. beziffert. Angesichts dieses Ergebnisses wird mit der Aufbesserung des Einkommens der im Dienste des Reichs stehenden Personen ein Anfang zu machen und zunächst der vom Reichstag beantwortete Wegfall der Wittwen- und Waisengeldderträge der Offiziere und Beamten in Aussicht zu nehmen sein. Eine entsprechende Vorlage befindet sich in der Vorbereitung.

Fehlt es auch auf einzelnen Gebieten des nationalen Erwerbslebens nicht an Zeichen eines zu erhoffenden Aufschwungs, so befindet sich doch die wichtigste Quelle unseres wirtschaftlichen Wohlstandes, die Landwirtschaft, in einer bedrohlichen Nothlage. Die Preise unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse, namentlich des Getreides, sind unter dem Druck des Angebotes aus fremden, billiger produzierenden Wirtschaftsgebieten, obwohl wir uns reicher Ernten zu erfreuen gehabt haben, so tief gesunken, daß jede Ertragsfähigkeit der Arbeit des deutschen Landmannes gefährdet erscheint. Die bedrängte Lage unserer Landwirtschaft wirkt auf die wirtschaftliche Thätigkeit der gesamten Bevölkerung ungünstig zurück. Unter diesen Umständen ist eine weitere Erhöhung der Getreidezölle von den verbündeten Regierungen ins Auge gefaßt worden. Ein dieses Ziel verfolgender Gesetz-Entwurf wird dem Reichstage zugehen.

Die Vorfrage Sr. Majestät des Kaisers und der verbündeten Regierungen ist unausgesetzt auf die weitere Entwicklung des Meerwesens gerichtet. Ein Ihnen vorzulgender Gesetzentwurf, welcher die Lanwehr

und den Landsturm betrifft, ist bestimmt, eine wesentliche Erhöhung der Wehrkraft des Reiches herbeizuführen.

Schon in der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 ist der dringende Wunsch Sr. Majestät des Kaisers ausgesprochen, den Arbeitern, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, das berechnete Maß staatlicher Fürsorge durch die Gesetzgebung zu sichern und damit eine weitere Gewähr für die Befestigung des sozialen Friedens und für die Stärkung der nationalen Arbeitskraft zu gewinnen. Nach der schrittweisen Weiterführung der für die genossenschaftliche Gliederung den Grundlegenden Unfallversicherungs-Gesetzgebung ist es nunmehr möglich geworden, die mit besonderen Schwierigkeiten verknüpfte Aufgabe ihrer Lösung so weit näher zu führen, daß die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über die Alters- und Invaliden-Versicherung der Arbeiter vorliegt. Sr. Majestät der Kaiser hofft, daß der Entwurf, nachdem die Grundzüge für denselben der öffentlichen Erörterung unterstellt und der besonderen Prüfung sachverständiger Kreise übergeben worden sind, Ihnen noch in dieser Session wird vorgelegt werden können. Daneben wird nicht verabsäumt, die weitere Ausdehnung der, wie mit Genugthuung hervorgehoben werden darf, je länger desto segensreicher wirkenden Unfallversicherung auf die derselben bedürftigen Theile der Bevölkerung im Auge zu behalten.

Das gegenwärtig geltende Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beruht auf dem Grundsatze der vollen Gesamtheit aller Mitglieder. Die Erfahrung hat ergeben, daß die Nothwendigkeit, sich dieser Haftung zu unterwerfen, der wünschenswerthen Fortentwicklung des Genossenschaftswesens hinderlich ist und die betretenden Mitglieder nicht selten einer unannehmlichen Föhrung ihrer wirtschaftlichen Lage und Selbstständigkeit aussetzt. Dem zu Folge und da auch die Einzelbestimmungen des Gesetzes in manchen Punkten einer Aenderung und Vervollständigung bedürfen, wird Ihnen ein Gesetzentwurf zugehen, welcher die Verhältnisse der freien Genossenschaften regeln und insbesondere die Bildung von Genossenschaften mit beschränkter Haftung der Mitglieder ermöglichen soll.

Die Anwendung des Zahlungsmittelgesetzes auf den Verkehr mit Wein begegnet in der Praxis mannigfachen Schwierigkeiten; dieselben sind bereits wiederholt im Reichstag Gegenstand der Verhandlungen gewesen. Es wird Ihnen ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, dessen Zweck es ist, diese Frage in gesundheitspolizeilicher Hinsicht zu regeln.

Der bevorstehende Ablauf unseres Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn hat den verbündeten Regierungen Veranlassung gegeben, der Frage der Neugestaltung des Vertragsverhältnisses ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die verbündeten Regierungen können sich die Schwierigkeiten nicht verschleiern, welche einer befriedigenden Lösung dieser Frage zunächst noch entgegenstehen, glauben sich aber zu der Hoffnung berechtigt, Ihnen rechtzeitig ein Abkommen mit der kaiserlich und königlich österreichisch-ungarischen Regierung zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorlegen zu können, durch welches der bestehende Handelsvertrag vorläufig verlängert und der Eventualität eines vertragslosen Zustandes vorgebeugt wird.

Verträge behufs Regelung der Handelsbeziehungen des Reiches mit einigen amerikanischen Staaten werden Ihnen zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt werden.

Die auswärtige Politik Sr. Majestät des Kaisers ist mit Erfolg bemüht, den Frieden Europas, dessen Erhaltung ihre Aufgabe, durch Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten, durch Verträge und durch Bündnisse zu befestigen, welche den Zweck haben, den Kriegsgefahren vorzubeugen und ungerechten Angriffen gemeinsam entgegenzutreten. Das deutsche Reich hat keine aggressiven Tendenzen und keine Bedürfnisse, die durch siegreiche Kriege befriedigt werden könnten. Die unchristliche Neigung zu Ueberfällen benachbarter Völker ist dem deutschen Charakter fremd, und die Verfassung sowohl, wie die Heereseinrichtungen des Reiches sind nicht darauf berechnet, den Frieden unserer Nachbarn durch willkürliche Angriffe zu stören. Aber in der Abwehr solcher und in der Verteidigung unserer Unabhängigkeit sind wir stark und wollen wir mit Gottes Hilfe so stark werden, daß wir jeder Gefahr ruhig entgegengehen können.

Anwesend waren etwa 120 Abgeordnete.

1. Sitzung des Reichstags, 24. November, 2 Uhr. Am Tische des Bundesrates v. Bötticher, v. Puttkamer, Graf Zeppelin. Die Bänke des

Hauses sind mäßig besetzt, namentlich weisen Centrum und nationalliberale Partei große Lücken auf. Fast vollständig sind die Deutschfreisinnigen erschienen, von den Sozialdemokraten nur Singer und Sabot.

Es wurde beschlossen, ein Beileidstelegramm an den Kronprinzen abzuschicken.

Bis heute sind 10 Vorlagen eingegangen: Gesetzentwürfe, betreffend 1) Feststellung des Reichshaushaltsstats für 1888—89 nebst Anlagen und einer Denkschrift; 2) die Aufnahme einer Ueberschneidung für Zwecke der Verwaltungen des Reichsseezweigs, der Marine, der Reichseisenbahnen und der Post und Telegraphen, sowie zur vorläufigen Deckung der aus dem Reichs-Festungsbaufonds entnommenen Vorküßse; 3) die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für 1887—88; ferner 4—10) Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer zu 1885—86; Denkschrift über die Ausführung der seit 1875 erlassenen Anteilsgeetze; Nachweisung der Veränderungen im Bestande des als Eigentum des Reichs festgestellten Grundbesitzes; Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für 1886—87; Generalbericht, betreffend die Ergebnisse der Erhebungen über die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen; Uebersicht über den Stand der Bau-Ausführungen und der Beschaffung von Betriebsmitteln für die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und für die im Großherzogthum Luxemburg gelegenen Strecken der Wilhelm-Luxemburger Eisenbahn vom 30. September 1887; Darlegung der Anordnungen, welche von der preussischen, sächsischen und der hamburgischen Regierung unter dem 27. September, 6. Oktober, 18. Juni und 28. September 1887 getroffen worden sind. (Sie betreffen die Anwendung des § 28 des Sozialistengesetzes.)

Zu provisorischen Schriftführern beruft der Präsident den Grafen Klein-Schmenzin, Porich, Büttin und Hermes. — Die Verlesung in die Abtheilungen wird, wie üblich, nach Schluß der Sitzungen durch das Bureau vorgenommen werden.

Darauf wird der Namensaufruf vollzogen, welcher die Anwesenheit von nur 187 Mitgliedern ergibt; das Haus ist also nicht beschlußfähig. Der Namensaufruf wird morgen wiederholt werden.

2. Sitzung vom 25. November. Ein Danktelegramm des Kronprinzen wird verlesen.

Darauf erfolgt die Präsidentenwahl. Das früheres Präsidium wird wiedergewählt; der Abg. v. Wedell (Piesdorf (konj.) zum Präsidenten, der Abg. Wuhl (nat. lib.) zum ersten, der Abg. v. Uarhe-Bomst (konj.) zum zweiten Vizepräsidenten. Es fanden sodann die übrigen Bureau-Wahlen statt.

Nach erledigter Tagesordnung gelangt der vom Abg. Singer eingebrachte Antrag, betreffend die Einstellung des Strafverfahrens gegen die Abg. Grillenberger und Kräder während der Dauer der Session mit Rücksicht darauf, daß die eine Sache bereits am 5. Dezember zur Entscheidung kommen soll, bereits in der heutigen Sitzung zur Verhandlung.

Zur Begründung dieses Antrages bemerkt

Abg. Singer (Soz. Dem.): Gegen den Abg. Grillenberger ist bei dem Rünzberger Landgericht ein Prozeß eingeleitet wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz, wegen desselben Vergehens ist auch ein gleicher Prozeß bei dem Stuttgarter Landgericht anhängig gemacht worden. Obgleich in letzterem Falle der Abg. Grillenberger vom Schöffengericht zu Stuttgart freigesprochen worden ist, hat derselbe Staatsanwalt, der diese Freisprechung beantragte, nunmehr Verurteilung eingelegt. Noch ein dritter Fall veranlaßt mich zu meinem Antrage. Sie erinnern sich wohl Alle, mit welcher gerechten Entrüstung in ganz Deutschland die Nachricht aufgenommen worden ist, auf welche Weise der Abgeordnete Kräder beim Austritt aus diesem Hause bei Schluß der vorigen Session auf der Straße verhaftet und nach Breslau in die Unterjuchungshaft abgeführt wurde. Der Kollege Kräder hat nun in Untersuchung 5 Monat zugebracht und ist ohne Anrechnung der Untersuchungshaft zu 7 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Gegen diese Verurtheilung hat der Abg. Kräder Revision beim Reichsgerichte eingelegt. Ich hoffe, daß sich Gelegenheit finden wird, diesen Prozeß hier im Hause näher zu beleuchten. Jedenfalls sind Fälle vorgekommen, die es erheischen, der Öffentlichkeit bekannt gemacht zu werden. Ich bitte Sie, in Bezug auf diese drei Fälle zu beschließen, daß das Verfahren für die Dauer der gegenwärtigen Session gegen die genannten Abgeordneten eingestellt werde.

Eine weitere Debatte über diese Anträge wird nicht beliebt; dieselben wurden einstimmig angenommen.

— Die **Gewerbekammer in Magdeburg** hat in Gegenwart und auf Anrufen des Regierungspräsidenten v. Wedell folgende Erklärung beschlossen: „Die Gewerbekammer hält die Einschränkung der öffentlichen Lustbarkeiten für erwünscht, erlischt aber ohne bedenkliche Beschränkung der persönlichen Freiheit dazu kein anderes Mittel, als eine hohe Besteuerung nicht nur der öffentlichen, sondern auch der von Vereinen veranstalteten Tanzlustbarkeiten zu Gunsten der Armenkassen, sowie eine strenge Prüfung der Bedürfnisfrage bei der Konzessionierung von Schankwirtschaften.“ — Die Magdeburger Gewerbekammer besteht vorwiegend aus konservativen Elementen, Großindustriellen und Grundbesitzern, denen es nicht schwer werden wird, die ihnen naheliegenden Elemente im preussischen Abgeordnetenhaus zur Einbringung eines Tanzsteuergesetzes zu veranlassen.

— **Ueber des Zaren Aufenthalt in Wirballen**, der russischen Grenzstation, wird gemeldet, daß von 12 Uhr Mittags ab das über die Dorfstraße Wirballens führende Eisenbahngleise für alle Spaziergänger gesperrt war. Die in Abständen von je 20 Schritt neben einander in doppelten Reihen aufgestellten russischen Soldaten trieben jeden Näherkommenden auf weite Entfernung zurück. Zur Schließung jener lebendigen Schutzmauer von Wirballen bis Petersburg waren 80000 Soldaten aufgeboten. Der Zug traf auf dem gesperrten Bahnhofsgebäude um 5 Uhr 5 Min. Nachmittags ein. Der Zar wurde für Augenblicke in einem der mittleren Wagen sichtbar, doch hat er aus Vorsicht zwischen Gebäuden und Wirballen mehrere Wagen betreten. Die Umladung des Gepäcks dauerte in Wirballen trotz der Beschränkung über zwei Stunden.

— **Aufhebung der staatlichen Kontrolle über den Sanitätsverband für München**. Der Vorkauf der von der Reichskommission an den Schreiner Gottlieb Bänckle in München gerichteten Antwort, die Aufhebung der staatlichen Kontrolle über den Sanitätsverband für München und seine Vorstände betreffend, ist folgender: „Berlin, den 25. Oktober 1887. Auf die Beschwerde des ersten Vorstands des „Sanitätsverbandes für München und dessen Vorstände“, Schreiners Gottlieb Bänckle zu München, gegen den Beschluß der kgl. Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, vom 7. Mai 1887, wodurch die außerordentliche staatliche Kontrolle über den gedachten Verband verhängt worden ist, hat die Reichskommission in der Sitzung vom 25. Oktober 1887 beschlossen: den gedachten Beschluß aufzuheben. Nach dem § 1 der Statuten — auch in deren jüngster in der dritten Generalversammlung vom 10. und 11. April angenommenen Fassung — ist der Zweck des „Sanitätsverbandes für München und dessen Vorstände“, seinen Mitgliedern und deren Familien in Krankheitsfällen freien Arzt und möglichst billige Arzneimittel zu verschaffen. Es kann gegen einen solchen, nicht eingeschriebenen Kassenverein zur gegenseitigen Unterstützung seiner Mitglieder hier auch nicht wesentlich ins Gewicht fallen, daß in dem § 4 Absatz 2 seiner Statuten auch „lebigen Mitgliedern, welche Angehörige zu ernähren haben“, in der in der konstituierenden Versammlung vom 7. April 1885 ausgeprochenen Absicht, damit auch jene Weiber, welche im Konfubinat leben, als zur Familie gehörig zu umfassen, „unter Vorbehalt der im einzelnen Falle von der Verwaltung zu treffenden Entscheidung, ein Anspruch auf freie ärztliche Behandlung“ beigelegt worden

ist. Der Verein würde sonach unter die Bestimmung des in dem angegriffenen Beschluße auf ihn zur Anwendung gebrachten § 3 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 nur dann fallen, wenn ersichtlich wäre, daß unter dem in den Statuten ausgesprochenen Zwecke sich solche Bestrebungen verbergen, wie sie in dem § 1 Absatz 2 des Gesetzes gekennzeichnet sind. Der Beschluß der Landespolizeibehörde stützt diese Annahme wesentlich auf die nicht anzuzweifelnde, im einzelnen nicht näher nachgewiesene Tatsache, daß hervorragende Agitatoren der Münchener Sozialdemokratie sich an dessen Begründung beteiligt und an dessen Spitze gestanden hätten, daß die vom Sanitätsverbande veranstalteten Keller- und Stiftungsfeste die gesammte Münchener Sozialdemokratie vereinigen, daß nicht minder die Delegierten der Zentral- und Lokal-Krankenkassen, welche die Generalversammlung des Verbandes bilden, fast ausnahmslos zugleich Vorstände oder hervorragende Mitglieder von Fachvereinen seien, deren sozialdemokratische Richtung überall zu Tage trete. Allein wenn diese Thatsachen auch, im Hinblick auf das bekannte Bestreben der gesammten Sozialdemokratie, ihre Organisation in neuen, mit den Mitteln des Gesetzes nicht erreichbaren Formen anreich zu erhalten, wohl geeignet sind, den dringenden Verdracht begründet erscheinen zu lassen, daß auch der Sanitätsverband neben seinen offensten Zwecken wenigstens gleichzeitig Bestrebungen der im § 1 des Gesetzes bezeichneten Art fördern wolle, so findet dieser Verdracht doch in den amtlichen Berichten über die polizeilich angeordneten und überwachten Generalversammlungen und Feste — das in den zahlreichen Komiteesitzungen Verhandelte entzieht sich freilich, weil sie, so viel ersichtlich, nicht überwacht sind, der Beurteilung — keine weitere ausreichende Bestätigung. Auch einer bei den Akten befindlichen anonymen Eingabe, wonach um Befreiung des Verbandes von der Herrschaft der sozialdemokratischen Führer und um Siderstellung gegen deren Umtriebe gebeten wird darf, zumal man ihre Motive nicht kennt, keine Bedeutung beigelegt werden. Das Einzige, was in dieser Richtung bemerkt werden könnte, ist zunächst der in der Versammlung vom 2. Februar 1886 gefaßte Beschluß, wodurch der „Bayerische Landbote“ — nach den vorliegenden Nummern allerdings ein im Geiste der Sozialdemokratie geschriebenes Blatt — als Publikationsorgan bestimmt wurde, und daß dieses Blatt von dem Delegierten Dachtel den Anwesenden warm empfohlen wurde; ferner, daß nach der nicht zu beanstandenden Konstatierung der Landespolizeibehörde der Verband, nachdem das frühere Vereinslokal zu sozialdemokratischen Parteiversammlungen verweigert worden, seinen Sitz in eine Wirtschafft verlegte, welche unmittelbar zuvor als Sammelpunkt der Sozialdemokratie den Angehörigen der Garnison durch Kommandanturbefehl verboten worden war. — Allein diese auch Thatsachen können nicht für ausreichend erachtet werden, um daraufhin als erwiesen festzustellen, daß wirklich in dem Vereine und in der Tätigkeit seiner Organe als solcher sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage getreten sind. Die über den Sanitätsverband verhängte außerordentliche staatliche Kontrolle konnte daher nicht für genügend erachtet werden und war deshalb wieder aufzuheben. Die Reichskommission. ge. Herrfurth.“

Schweiz. In dem St. Gallener Stadtanzeiger ist Folgendes zu lesen: Im Ranton Chur arbeitete vor einigen Wochen ein Schneidergeselle. Einmal Tages erhielt derselbe die Steuerveranlagung. Diese schien ihm seines geringen Verdienstes wegen zu hoch und er reichte aus diesem Grunde Beschwerde ein und erhielt innerhalb drei Tagen die Ermäßigung. Nicht wenig erhaltbar war aber der Meister, der an der zu hohen Einschätzung die Schuld trug, als er einige Tage später ein Strafmandat bekam, worin er wegen „gemeiner Bedrückung“ zu 10 Franks Strafe und 15 Franks Schadenersatz für den Beschädigten verurteilt worden war.

Gerichtszeitung.

Ein lange schwebender fetter Prozeß ist in diesen Tagen vor dem Reichsgericht beendet worden. Vor 2 1/4 Jahren fiel ein Viertel des großen Looses der preussischen Klassenlotterie nach Altenssen. Das Loos war in den Händen des Wirtshes Sch., welcher es mit mehreren Herren zusammen spielte. Unter den letzteren war auch der Bergmann K., Postgänger bei Sch., mit einem zweiunddreißigtel Anteil beteiligt. Wirtsh Sch. weigerte sich aber, demselben den Gewinnanteil auszulassen, weil K. den Betrag für die Erneuerung des Looses nicht rechtzeitig entrichtet habe. K. wurde klagbar und der fragliche Gewinnanteil wurde dann durch das Gericht sicher gelegt. K. machte für sich geltend, daß er bei Zahlung des Einlagebetrages für seinen Vorkaufanteil niemals an einen bestimmten Termin gebunden gewesen sei, vielmehr sei es zwischen ihm und Sch. stets Gebrauch gewesen, den fraglichen Betrag bei Entrichtung des Postgeldes zu verrechnen. Außerdem wurde erwiesen, daß Sch. gleich nach Eintreffen der telegraphischen Nachricht über den Gewinn auf der Zeche Neufelsen erschien, den K. aus der Grube kommen ließ und ihm als Teilhaber des Gewinnes die freudige Nachricht überbrachte. Auch noch bei anderen Gelegenheiten hatte Sch. den K. Anfangs als Mitgewinner bezeichnet. In den beiden Instanzen wurde deshalb der Verklagte zur Abtretung des Gewinnanteils verurteilt. In der vorigen Woche hat nun auch das Reichsgericht in diesem Sinne beschlossen. Die dem Verklagten zur Last gelegten Kosten werden bei einem Objekt von 12000 Mark wohl eine schöne Summe ausmachen. Dazu hat derselbe dem Kläger auch noch 5 Proz. Verzugszinsen (in den 2 1/4 Jahren also 1600 Mk.) zu entrichten. Jedenfalls denkt derselbe jetzt einmal ernstlich über das Sprichwort nach: „Ein magerer Vergleich ist besser als ein fetter Prozeß.“

Gewerkchaftliches.

Spandau. Auf der hiesigen Gewerfabrik werden jetzt im Ganzen etwa 1400 Mann neu eingestellt. Es werden zunächst diejenigen Leute berückichtigt, welche schon früher auf dem Institut gearbeitet haben. In Uebereinstimmung mit Danziger Blättern schreibt jetzt der „Ang. für Havell“: Die mehrfach verbreitete Annahme, daß es sich abernasals um Einführung eines neuen Gewerks handle, beruht auf Irrthum. Es wird vielmehr die seit dem Sommer erheblich eingeschränkte Fabrikation des bisher bei einem Theile der Armee eingeführten Magazinsgewehrs vorgelegt, und nur insofern treten Veränderungen in der Konstruktione ein, als die bisherigen Verjüde Verstärkungen einzelner Konstruktions-theile als wünschenswert ergeben haben.

Gepprüft und bewährt.

Von D. Mylius.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Erst das Gefühl, so allein und unberathen in Rom daszuleben, erwücherte Melanie und ließ sie ihre Zukunft genauer ins Auge fassen. Nur zwei Wege lagen vor ihr, entweder in ihre Heimath zurückzukehren und in irgend ein Dienstverhältnis zu treten, oder ein ähnliches Unterkommen in Rom zu suchen. Sie war zwar mit genügendem Geldmitteln zur Heimreise versehen, aber sie hatte ja für mehr als Jahresfrist noch über ihre Leibrente verfügt, und fürchtete sich zumeist, die Heimreise allein anzutreten. In dieser Verlegenheit wandte sie sich an eine ihr befreundete deutsche Dame, und diese nahm sich ihrer an und verschaffte ihr nach einigen Tagen eine bescheidene Stelle als Bonne bei den Kindern einer reichen amerikanischen Familie, welche vor Kurzem in Rom angekommen war und ihre französische Bonne verloren hatte.

Das neue Verhältnis erwies sich als günstiger und leiblicher. Melanie befahte mit der Familie Fredwell Siena, Florenz, Bologna und Venedig, Mailand und Genua, und begleitete sie dann nach Paris, wohin sie eine heimliche Sehnsucht zog — die Uebergangung, dort etwas von Edwin Forberg zu erfahren. Die Hoffnung trog auch nicht, denn durch ihre Erkundigungen ermittelte sie, daß der junge Pianist, durch den Mißerfolg verschiedener Kompositionen an sich irre geworden, nach Deutschland zurückgekehrt sei und daselbst das Wanderleben eines Virtuosen führe. — Also in seinen Erwartungen getäuscht und vielleicht von falscher Scham von der Rückkehr zu mir zurückgehalten? dachte sie, und mit einem innigen Mittel für Edwin zog ein teurer Trost durch ihre Seele. Sie beschloß, ihre Nachforschungen fortzusetzen und ihm dann einen milden vermuthigenden Zuspruch zu schreiben. In eine Verbindung mit ihm dachte sie nicht mehr. War ihr Herz kälter oder ihr Urtheil über ihn härter geworden? Sollte Dunkel Rudolf doch Recht gehabt und Edwin's

Charakter richtig beurtheilt haben? Oder war diese Trennung von Edwin die Sühne dafür, daß Alexis' aufrichtige Meinung so rauh gefühlt und abgewiesen worden war? Auf's Neue hatte sie mit Zweifeln und inneren Konflikten zu kämpfen.

Der zweite Winter seit der Trennung von der Heimath neigte sich zum Ende, und das Verhältnis Melanie's zu der Familie Fredwell löste sich unerwartet rasch, nachdem es durch den anmahnenden Hochmuth und den Mangel an aller Herzensbildung von Seiten der Herrin schon seit Monaten ein aufregendes, prüfungreiches für Melanie gewesen war. Herr Fredwell mußte um gewichtiger Interessen willen nach Boston zurückkehren und Melanie konnte sich nicht entschließen, die Familie nach Amerika zu begleiten, wie man sie eingeladen hatte. Sie schied von ihnen in Havre und kehrte nach Deutschland zurück, fest entschlossen, sich in irgend einer deutschen Stadt ihren Unterhalt durch ihrer Hände Arbeit zu sichern, bis die Zeit herankomme, wo sie wegen der Eröffnung der bölgerten Kaffette nach Ortheim zurückkehren müßte. Auf der Eisenbahn zwischen Paris und Forbach lernte sie eine junge Frau kennen, die sich als eine Modistin aus Frankfurt auswies, welche um verschiedener Einkäufe willen in Paris gewesen war. Frau Kehler war eine einfache gemüthliche Frau und schloß sich schnell an Melanie an, deren offene sanfte Züge etwas Sympathisches für sie hatten. Ihr Gatte war Arbeiter in einer mechanischen Werkstätte, und ihr Erwerb mußte mit dazu beitragen, daß in der kleinen Wirtschafft beide Enden zusammenreichten. Das Alles hatte sie Melanie mit geschwägiger Mittheilbarkeit unterwegs anvertraut und noch in Mainz darauf bestanden, daß die liebgewonnene Reisegefährtin sie nach Frankfurt begleite und einen Tag bei ihr zubringe, um ihren kleinen Familienkreis kennen zu lernen. Der Umweg und Aufwand war ja nicht der Rede werth. Melanie nahm die Einladung so herzlich an, als sie geboten ward, denn es verlangte sie, das interessante reiche Frankfurt auch einmal zu sehen, und sie blieb statt eines Tages deren mehrere bei den schlichten, biederen Leuten.

Am Montag mit dem Vormittagszuge wollte Melanie dann südwärts reisen nach Ortheim, das sie nach vor Abend erreichen konnte. Von Frau Kehler geleitet, gelangte sie auf den Bahnhof der Main-Neckarbahn und erwartete hier im Wartesaal den Abgang des Zuges. Wie sie Beide noch plaudernd dastanden, Melanie schon halb zerstreut im Harren auf dem Moment der Abreise, sah Frau Kehler ihre Begleiterin erlassen und mit weit aufgerissenen Augen nach einer Ecke des Zimmers starren. Dorthin folgend, erkannten ihre Blide einen schönen jungen Mann und eine kleine junge Dame, beide in eleganter Weisstracht, welche soeben den Wartesaal betreten hatten und hinter denen ein Dienstmann verschiedenes Handgepäck trug. Das elegante junge Paar war unverkennbar ein neuvermähltes auf der Hochzeitsreise. Der junge Herr näherte sich der Thüre, wo Melanie stand, — irgend eine unwillkürliche Bewegung dieser Letzle seine Aufmerksamkeit auf sie — er schrak bei Melanie's Anblick zusammen, sie stieß einen leisen Schrei aus.

„Mel... Fräulein Hellborn, ist es möglich, sind Sie es?“ flammelte der Herr.

— „Ja, bin es, Herr Forberg,“ schlüpferte sie, an allen Gliedern bebend.

„Wie kommen Sie hieher?“

— „Ich komme von Paris und reise nach Hause, nach Ortheim!“

„Und ich“, sprach er, und eine tiefe Gluth der Scham überzog sein Gesicht, — „ich bin auf der Hochzeitsreise nach Italien! Erlauben Sie mir, Ihnen meine junge Frau, meine liebe Wally, vorzustellen!“ Und ohne ihre Antwort abzuwarten und sich an die unzulässige Aufregung der Armen zu kehren, holte er die elegante junge Dame herbei und jagte: „Sieh, liebe Wally, das ist Fräulein Hellborn, die Nichte jenes alten lieben Freundes, der sich meiner in früheren Zeiten so freundlich angenommen, — auch sie ist eine liebe Freundin von mir. Du lieber Himmel, Melanie, wie kommt es, daß ich schon seit Jahren gar nichts mehr von Ihnen erfahren habe? Wir sind einander ganz aus dem Gesicht gekommen!“

— Eine heitere Geschichte spielte sich wieder einmal in der am Mittwoch, den 53. d. M., stattgefundenen Versammlung der Berliner Tapezierer-Zunft ab. Bekanntlich hat dieselbe bei ihrem Liebeswerben „um die Bildung eines richtigen Gehülfs-Ausschusses“ keine Gegenliebe in den Kreisen der Gehülfs gefunden und sich nunmehr petitionierend an den richtigen Ort, an den Polizeipräsidenten, gewandt. Das letztere hatte denn auch ein Einsehen und gewährte der bekräftigten Zunft das Recht, „einen Gehülfs-Ausschuss zu berufen.“ Punkt 4 der Tagesordnung vom 23. d. M. lautet demnach: „Die kommissarische Berufung eines Gehülfs-Ausschusses“, und die Mitglieder der Zunft waren wochenlang vorher erjucht worden, „geeignete Personen vorzuschlagen.“ Bei diesem Punkte der Tagesordnung angekommen, dankte der Dechant für das Entgegenkommen, „es hätten sich in Folge dessen sehr viele Gehülfs selbst gemeldet.“ Wie viele Gehülfs und wie heißen die Herren, frag ein nachweisbares Mitglied. „Im Ganzen sind es 17, am es zögernd vor Vorstandlich und derselben werden die Namen unter keiner Bedingung, denn der Vorstand beabsichtigt die Herren durch Karte einzuladen, und wenn wir heute die Namen verlesen, kommt es in Einziger der Einzulaudenden; die Gehülfschaft macht alles möglich.“ Das muß eine schöne Vertretung abgeben, 17 Mann von 450 Zunftmeistern vorgehoben und noch die Angst, daß dieselben durchberufen könnten. Und dieser Ausschuss soll ein „gehülfsliches Verhältnis zwischen Meistern und Gehülfs herbeiführen!“

Aus Stadt und Land.

Bant, 27. November. Döbenbürger Landtag. Laut Bericht des Finanz-Ausschusses stellen sich die Einnahmen und Ausgaben des Großherzogtums für 1888/90 im Voranschlag wie folgt: Einnahme durch Zoll und Tabakssteuer-Nebersteuern 1888: 870000 M., 1889: 885000 M., 1890: 900000 M. Einnahme durch die Reichs-Brandsteuer: 145000 M. jährlich. Einnahme durch die Prämiensteuer: 700000 M. jährlich. Es mag bemerkt werden, daß nach dem Bericht des Finanz-Ausschusses die obgenannten Einnahmepositionen seit Jahren in rapidem Steigen begriffen sind und es deshalb angezielt war, diese Steigerung beim Staatsbudget wieder in Betracht zu ziehen. Betreffs der Brandsteuer habe man infolge der kurzen Zeitraums seit Erhebung derselben noch keine genaue Erfahrung gelaßt und deshalb den Voranschlag möglichst niedrig gehalten, am zu keinem ungünstigen Resultat zu gelangen. Ausgaben: Beiträge zu den Kosten des deutschen Reiches und Kosten der Vertretung bei demselben: 1500000 M. Der Matritularbeitrag des Großherzogtums Döbenburg zu den Kosten des deutschen Reiches hat bisher betragen: 1884: 498561 M., 1885: 74852 M., 1886: 873646 M. Die Kosten der Vertretung Döbenburg beim Bundesrat z. betragen: 1884: 5715 M., 1885: 4434 M., 1886: 405 M. (Bemerkenswert ist die Steigerung der ersten und die Verminderung der letzten Position.) Für 1887/88 ist der Matritularbeitrag Döbenburg auf 216092 M. festgesetzt. Auch dieser auffälligen Erhöhung, bei der alle seine Zeit in Aussicht stehenden Mehrausgaben des Reichs in Betracht gezogen seien, dürfte dennoch eine weitere Erhöhung in Aussicht stehen infolge des Anstiegs, den das Reich durch den zu erwartenden Winterertrag der Kohlen- und Braunkohlen-Produktion erleiden dürfte, sowie auch infolge der Mehrbelastung der Reichsfiskus durch die nunmehr in Aussicht stehende Altersversorgung. Die weiteren Ansprüche, welche das Reich künftig erfordert, sind nach dem Bericht des Finanz-Ausschusses schwer zu bestimmen, entstehen jedoch vielerlei schwerer Berechnung. Es sind deshalb zur Deckung der zu erwartenden Mehrausgaben des Großherzogtums zu den Kosten des Reichs und unter Be-

rücksichtigung der Kosten für die Vertretung im Bundesrat rund 1500000 M. jährlich im Voranschlag festgesetzt. Für etwaige Mehrausgaben wird die Ermächtigung zur Deckung derselben aus den vorgenannten Einnahmepositionen erbeten, um des Landtages die Zustimmung der erforderlichen Mittel leitens Gelder und Banknoten der Reichsbank, zur Unterstützung der Staatsteuern und zur Unterstützung der Staatsoberbeamten bemerkt der Ausschuss folgendes: Diese Position sei im Annehmen begriffen. In der Finanzperiode 1888/89 wurden noch 184750 M., in der Finanzperiode 1889/87 noch 155650 M. bewilligt und jetzt würden verlangt 126500 M. Der Ausschuss könne nur dankend anerkennen, daß die Staatsregierung den Wünschen der Volkvertretung immer mehr nachkommt und hofft er, dieselbe werde in dieser Weise fortfahren und diejenigen Beamten, hinsichtlich welcher keine Aussicht vorhanden, daß sie wieder in den Staatseinkommen eintreten können, pensionieren, welche dagegen hinsichtlich welcher sich herausgestellt habe, daß sie wieder thätig sein könnten, wiederum mit einem Staatsamt betrauen. Der Ausschuss stellt nach diesen Vorbemerkungen den Antrag, der Landtag wolle zum § 12 unter F. für die Finanzperiode 1888/89 jährlich 126500 M. bewilligen.

In der Mittwochssitzung wurde der Antrag Langen, betreffend Vorlage eines Gesetzes, welches die Steuererhältnisse der Altiengeldlosen, Genossenschaftlichen etc. in den Gemeinden regelt, angenommen, und alsdann noch über einige unrichtige Punkte Beschluß gefaßt.

Bant, 27. November. Dr. Vulle in Bremen hatte in seinem neulich gehaltenen Vortrag auch der zu erwartenden Veränderung der deutsch-freimüthigen Partei von rechts und links erwähnt und sprach in folgenden Worten:

„Wenn uns auch von der national-liberalen Partei, wie sie heute im Reichstage vertreten ist, eine weite Kluft trennt, so hoffe ich doch, es wird noch die Zeit kommen, wo der linke Flügel derselben sich wieder mit der freimüthigen Partei vereinigt. Was die Befähigung von links, von der sozialdemokratischen Partei betrifft, so glaube ich, daß diejenigen unter den Sozialdemokraten, welchen ihre Demokratie doch lieber ist als ihr sozialistisches Döben, sich der freimüthigen Partei mit der Zeit anschließen werden.“

Die „Hamb. Nachr.“ benutzten oft jener Worte die deutsch-freimüthigen Partei, daß sie eine Verschmelzung mit den Sozialdemokraten wollen und sagen dazu, daß sie, die „Hamb. Nachr.“ dies der Ansicht gewesen, freimüthigen und Sozialdemokraten werden sich eines Tages vereinen in die Arme schließen. — Die „Hamburger Reform“ bemerkt dazu: Solchen bildenden Worten Vulle's vernehmen wir. — Ganz recht, es giebt keine böswilligere Verleumdung als die, dem freimüthigen freimüthigen Geistes für die Sozialdemokratie unterzuschreiben. Ist er doch bei der letzten Wahl so wader gegen die Reaktion in Fehde gezogen und hat in Hamburg den unerhörtsten „Freiheitskämpfer“ Boeremann gegen den Sozialdemokraten durchgedrückt.

Bant, 27. November. Am Sonntag, 11. Dezember, wird der „Zukunftverein“ in der „Vorwärts“ im „Englischen Saale eine gemüthliche Abendunterhaltung veranstalten, auf die wir schon sehr emporsehend aufmerksam machen wollen. Da bekannter Weise von den freimüthigen Vereinen nicht nur solchen geboten wird, um durch Schattenspielen, Theater und dergleichen die abendfüllende Unterhaltung zu sorgen, so dürfte den Besuchern ein recht kurzweiliger Abend bereitet werden. — Der „Vaterverein“ „Bant“ wird am Sonntag, 11. Dezember, im „Zwillingmann'schen Saale eine Abendunterhaltung veranstalten, auf die wir noch zurückkommen werden.

Bant, 27. November. Die Döbenburger „Neue Zeitung“ weiß von einem am 1. Dezember hier erschienenen, zweifelhafte auch sozialistische Unterhaltungsblatt, der „Grenzboten“ genannt, zu berichten. Wir halten es für überflüssig, diesem Blättchen noch besonders entgegenzutreten.

Bant, 27. November. In dem Anusfall der Gemeinderatswahl schreibt der Paralelgramm-Korrespondent der „Nadere Zeitung“:

„Der Draht haben wir Ihnen bereits von dem unangünstigen Ausfall der hiesigen Gemeinderatswahl vom Mittwoch Kenntniß gegeben. — (Das Telegramm von dem verpöbten Entschens wegen nur in einem Theil der Auflage der vorigen Nummer zum Abdruck gelangt und enthält die beauerliche Mitteilung, daß es den Ordnungsparteien in Bant nicht ge-

lungen ist, mit ihren Kandidaten durchzukommen, indem diese durchschneitlich nur 497 Stimmen erlangten, während die Liste des sozialdemokratischen Ringes mit durchschnittlich 854 Stimmen durchdrangen. (D. Reb.) Wie heilig der Kampf gewesen ist, mit welcher Hartnäckigkeit und Schlaubeit von Seiten der sozialistischen Agitatoren darauf hingearbeitet wurde, auch den letzten Mann zur Wahl zu pressen, davon wird man sich auswärts nur schwer eine Vorstellung machen können. Es genügt hier anzuführen, daß circa 90 Proz. der Wählerberechtigten an der Wahl Theil genommen haben. — Wenn es dem Bürgerverein „Einigkeit“ für diesmal noch nicht gelungen ist, den Bann zu brechen, den einige tüchtige sozialistische Agitatoren über alle Ortlichkeiten unserer vorkreislichen Gemeinde zu verhängen wußten, so darf deshalb der Muth noch nicht verloren werden. Der Sieg, den die Sozialdemokraten errungen, wird sich sicher als Pyrrhus'scher erweisen, was die Folge lehren wird.“

Es wäre überflüssig, noch irgend welche Bemerkung hinzuzufügen. Es genügt, wenn die Ordnungsparteien ihre eigene Dummheit eingesehen und zugeben, daß die „Sozialisten“ ihnen in Punkto Agitation doch „Aber“ sind. Wir stellen das Bedauern über den Ausfall insofern, als nun das „Einigkeit's-Regiment“ verläutert und der arme Teufel am Mittwoch Abend vergebens so lange an der Flaggenstange stehen mußte, um bei den ersten Siegesfanfaren die Flutge zu lassen.

Bant, 27. Nov. Wir wollen an dieser Stelle über die Art und Weise unserer Ansicht äußern, in der man die Wähler ihrer misliebigen Meinung dadurch Aendern zu lassen, daß sie ihren Stimmzettel mit den entprechenden Randbemerkungen versehen, wodurch er seine Gültigkeit verliert, für die Wahl selbst also ohne Bedeutung ist. Auch bei der letzten Gemeinderatswahl mußten leider derartige Fälle konstatiert werden. Wir können nur unser Mißfallen darüber ausdrücken. Schon der Ernst einer Wahl sollte von derartigen Kleinlichkeiten abhalten, ganz abgesehen davon, daß mitunter ein einziger Zettel von wesentlicher Bedeutung für den Ausgang der Wahl werden kann.

Bremer, 27. Nov. Das am Freitag Abend vom Vätervereine in Bremen veranstaltete Stiftungsfest erfreute sich eines unerwartet zahlreichen Besuches, so daß die dichtgedrängten Räume der „Germaniahalle“ einen imponenten Anblick boten. Durch Konzert, Theateraufführungen, Vorträge u. l. w. wurde für genügende Unterhaltung gesorgt. Auch der nachfolgende Ball bot allen Theilnehmern reiches Vergnügen. Gewiß wird das in schöner Harmonie verlaufene Fest, bei welchem die gesammte Einwohnerschaft unseres Ortes und seiner Umgebung vertreten war, bei Jedem eine angenehme Erinnerung hinterlassen haben. Möge der junge Verein auch weiter blühen und gedeihen zu Ruh und Frommen unseres Ortes und der weiteren Gemeinde allen Demen zum Trost, die durch Verschwendung und Denunziation seine Existenz untergraben möchten.

Wilhelmshaven, 27. Nov. Die das „Lagebl.“ aus zuverlässiger Quelle erlähnen haben wird, ist an dem Gestirte beten, des Genarmen, gegen den im Part ein Anfall verübt sein soll, sein wabres Wort.

Wilhelmshaven, 27. Nov. In vielen, auch hiesigen Obleuten wird unter dem Namen „Warner's Saje Cure“ ein äußerst unschweres Gesundheitsmittel in allen Familien gleich als Schönheitsmittel empfohlen. Im Interesse unserer Leserinnen theilen wir eine Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidenten mit, welches sich in anerkannter Weise bemüht, dem Schemittel- und Medizinwandel das Handwerk zu legen. Die hies. Bekanntmachung erklärt das obige sogenannte „Gesundheitsmittel“ für medizinisch vollständig wertlos und den reellen Gewinnern desselben in Höhe von wenigen Pfennigen als in seinem Verhältniß stehend zu dem gezeichneten Preis von 4 M. pro Flasche.

Wilhelmshaven, 27. Nov. Die Vorstellungen der „Koffischen Theatergesellschaft“ im Kaiser-Saal haben am Montag vorläufig ihr Ende erreicht und werden nunmehr in der „Burg Hohenzollern“ die Rinfleuvorstellungen der „Steinbüchlein'schen Gesellschaft“ beginnen. Die Eröffnung derselben und der damit verbundenen Weihnachtsausstellung wird am Sonntag, 11. Dezember, erfolgen.

Bremer, 27. November. Der Reichstagsabgeordnete H. Meißner aus Hannover wird am Dienstag, den 29. November, in einer in der Centralhalle stattfindenden öffentlichen Versammlung über die „Einführung des Verhältnißnachweises und seine Folgen“, sowie über die „Einführung der Arbeitsblätter“ sprechen.

Nordenhamm, 26. November. Infolge der in Aussicht stehenden Erhebung der Kornzölle findet eine unangenehme Zunahme von ausländischem Getreide hier statt. Es kamen allein innerhalb der letzten 14 Tage vier große Getreidebänker mit voller Ladung an. Da nun die großen Getreidebänker alle fast ganz gefüllt sind, so geht natürlich das meiste hier angebracht. Getreide sogleich per Kähne oder per Bahn weiter in das Inland. Auch wird das Getreide der letzten Dampfer nicht, wie sonst gebräuchlich, auf die hier bestehenden Transporthäfen der Firmen W. Müller und J. Müller genommen, sondern sogleich beim Entladen verzollt.

Döbenburg, 25. November. Dem Landtage ist eine Petition des Vereines der Kolonialwaarenhändler in Döbenburg wegen Befreiung des Döbenburger Konsumvereines zugegangen. Es wird darin hervorgehoben, daß der letztere Verein, welcher seit 20 Jahren seine Geschäfte, früher besonders in Kolonialwaaren, nennend sich auch in Wärschen, sowie durch Waarenkauf für Manufaktur und Fischwaaren etc. betreibt, ein nicht unerhebliches Gewinn in Form von Dividenden an seine Mitglieder verteilen könne; er betreibe sein Geschäft nicht nur mit seinen Mitgliedern, sondern offen, und wenn die Konsumvereine, hinsichtlich von Staatsabgaben befreit seien in der Erwartung, daß sie „dem kleinen Manne“ innerhalb des Vereines billige und gute Waare beschaffen werden, so sei der Döbenburger Konsumverein aus diesem Rahmen längst herausgetreten, insofern die Kolonialwaarenhändler und Schwämme in ihrer Steuerkraft. Der Verein der letzteren erhalte deshalb den Landtag, zu bestimmen, daß der Konsumverein wie andere Gewerbetreibende zu sämtlichen Konsumsteuer befreit werden werde.

Bei der heutigen Stadtrathsversammlung wurden die sämtlichen ausstehenden Mitglieder wiedergewählt, gemäß dem Beschlusse einer national-liberalen Wählerversammlung. (Ein Trost für die zerstreuten Derzen der Bant's Kartellblätter!)

Marktpreise.

vom Wochenmarkt Bant.

Kartoffeln 25 Stk	70 — 75 Pf.	Weißbrot pro Kopf	10 Pf.
Rotbrot pro Kopf	15 Pf.	Burgeln, 5 Stk	25 Pf.
Zwiebeln pro Liter	15 Pf.	Äpfel, 5 Stk	60 bis 80 Pf.
Butter pro Pfd.	1 M. 10 Pf.	Stk 20 Pf.	— Eier, pro Stiege 1 M. 50 Pf.
— Kübler, 1 Stk	1 M. bis 2 M.	— Enten 1 Stk	1 M. 20 Pf.
— Schweinefleisch, pro Pfd.	45 bis 50 Pf.	— Hammelfleisch, pro Pfd.	35 bis 40 Pf.
— Rindfleisch, pro Pfd.	40 bis 45 Pf.	— Kalbfleisch, pro Pfd.	30 bis 35 Pf.

Schwaffer.

Bant: Wilhelmshaven.

Mittwoch, 30. Nov.	Borm. 12,32 Uhr.	Nachm. 12,48 Uhr.
Donnerstag, 1. Dbr.	1,5	1,22

Statt aller Antwort wandte sich Melanie entrüstet ab und machte eine abweisende Bewegung.

„Einsteigen, nach Darmstadt, Heidelberg, Mannheim Karlsruhe!“ rief der Schaffner zur Thüre herein, und die junge Gattin Edwin's, selbst berührt und halb erschrocken von dem Austritt, welcher bereits die Aufmerksamkeit der Mitreisenden geweckt hatte, hing sich an den Arm ihres verwirrten Gatten und bat ihn kühn, sie hinaus zu führen.

Melanie hing am Halse der Frau Kessler und schluchzte leise, trampfend. „Ums Himmels willen, liebes Fräulein, was ist Ihnen denn? Was hat Ihnen der Herr gethan?“ fragte die gute Frau erschrocken.

„Er war mir einst theuer und hat mich verlassen,“ flüsterte Melanie. „Ach, nur einen Augenblick Geduld, liebe Frau! Es wird sogleich vorübergehen — es war nur der Schreck, die Liebererfahrung. Weisen Sie ihn ab, falls er wieder kommt!“

— „Der Glende, der Verräther! Er soll mir nur wiederkommen!“ murmelte Frau Kessler grimmig.

Melanie raffte alle ihre Körper- und Willenskraft zusammen, um am Arme der biederen Freundin zum Waggon schwanken zu können. Aber kaum eingestiegen und mit zitternden Händen ihre paar Stüde Handgepäck unterbringend, sank sie benüthlos zusammen.

„Kondukteur, Kondukteur! Ein Unglücksfall! Eine Epileptische!“ kreischte eine dicke russische Dame in einem Reisepepel. „Schaffen Sie uns diese Person fort!“

Zwei andere Damen im selben Koupe zeternten mit. „Es gab einen Anfall; man hob Melanie aus dem Wagen und trug sie in den Wartesaal. Frau Kessler wich nicht von ihrer Seite und bat das Bahnhofspersonal, die Neugierigen zu entfernen. Auch Edwin Forberg eilte herbei, um Gewissensbissen getrieben, nicht achtend auf die Bitten seiner jungen Frau, diesem Alstrom auszuweichen.

„Bitte, Madame! Nehmen Sie sich der Armen an und sorgen Sie für ihre Bequemlichkeit!“ taunte Edwin der Frau Kessler zu; „und hier ist Geld.“

— „Gehen Sie mir aus den Augen, Sie treulose!”

Mensch! Ersparen Sie der Unglücklichen, der Sie das Herz gebrochen haben, den Gel Ihres Anblicks!“ rief Frau Kessler so laut als möglich und in ihrem ehesten frankfurter Dialekt. „Behalten Sie ihr ungeliebtes Geld, denn ich würde mich der Hände fürchten, es anzuführen! Solch eine Schuld wie die Ihrige löst man nicht mit etlichen Goldstücken!“

Forberg wich den fragenden, drohenden, finsternen Blicken der neugierigen Menge aus und wandte sich an einen der Bahnbeamten; aber der Zug konnte nicht warten, und er mußte seiner drängenden Weisenden Frau folgen.

Eine Stunde später lag Melanie im Krankenhause in einem Privatzimmer; die wackere Frau Kessler war nicht von ihrer Seite gewichen, nachdem der Arzt, den man auf dem Bahnhof herbeigerufen, den Zustand für gefährlich erklärt hatte. Am zweiten Tage behauptete der Spitalarzt, die fremde Patientin habe das Nervenfieber.

X.

Es ist ein heiterer Wintertag mit lauem Südwind; der Schnee beginnt zu schmelzen, die Dächer träufeln, das Eis beginnt schwammig zu werden. Durch die Strofen von Döbenburg wandert langsam eine blaße Frauengestalt mit einem wehmüthig-sinnigen Zug in dem hübschen Antlitz. Sie ist reinlich, aber etwas ärmlich gekleidet und der düstern ihre Schultern gezogene graue Plaid verrieth harmonische Formen, die vielleicht nur einiger Fülle entbehren, um schön zu sein.

Draußen in der Vorstadt bleibt sie vor einem Häuschen stehen, das durch ein Blumenbüschel von der Straße getrennt ist. Aber der Baum ist halb verfallen und dem Gärtchen sieht man trotz der verfallenden Schneedecke an, daß es arg verwildert ist, das Häuschen sieht verwahrloft aus. Ein Dienstmädchen mit einem Korbe auf dem Kopfe geht vorüber, und sie richtet an diese die Frage: wer gegenwärtig hier wohnt? — „Zumpfenleute! die Majorin Sellborn mit ihrem Schwiegerjohn und ihren Töchtern.“ (Fortsetzung folgt.)

Concursverfahren.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Karl Friedrich Theodor Hagenow zu Belfort, Gemeinde Bant, ist am 21. November 1887, Nachmittags 6 Uhr, das Concursverfahren eröffnet.

Zum Concursverwalter ist ernannt: Mandatar H. A. Meyer zu Jever. Concursforderungen sind bis zum 31. Dezember 1887 bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden.

Die erste Gläubigerversammlung findet daselbst am 19. Dezember 1887, Vormittags 11 Uhr, statt zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubiger-Ausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Concurs-Ordnung bezeichneten Gegenstände.

Zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist Termin auf den 30. Januar 1888, Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemein-schuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum 15. Dezember 1887 Anzeige zu machen.

Jever, den 21. November 1887.
Großherzogliches Amtsgericht, Abth. III.
Graepel.

Beglaubigt.
Meyerholz,
Gerichtsschreiber.

F. Falkenberg
Neubremen

empfehlen
Korbseffel, Blumentische, Reisekörbe, Marktörbe, Wäschekörbe, Post- und Spahnkörbe, u. s. w.
Bestellte Korbwaren sowie Reparaturen werden in meiner Werkstatt schnell und billigt ausgeführt.

Die Uhrenhandlung

von
Aug. Frisse, Roonstrasse,
Wilhelmshaven,
empfehlen ihr reiches Lager von
goldenen und silbernen

Herren- u. Damen-



Uhren
zu zivilen Preisen.
Reparaturen prompt und billigt.
Empfehlen eine sehr schöne

Cigarre

von Mk. 2,50 an, steigend bis zu Mk. 12,00 pr. 1/10 Kiste.

Havana und Import

Cigarren
von 150 bis 300 Mk.
J. Fangmann,
Bismarckstr. 59, 1 Tr.

Bettfedern, Bettinletts, Bettungleinen, Bettbezüge,

nur in guter
Waare.

Da weiße **Bettfedern** um circa 20 Pf. per Pfund billiger geworden, stellen sich die Qualitäten gegen das Frühjahr zu denselben Preisen besser.

Belfort. **Diedr. Alberts.**

Herren- u. Knabnanzüge, Winter-Heberzieher

von 15 Mark an.
Belfort. **E. Thumann.**

Caffee,

fräftig und rein schmeckend, pr. Pfd. 1,05, 1,15, 1,25. **Gebr. Caffee** 1,20, 1,30, 1,40.
F. E. Irps.

Kohlenkasten,

mit und ohne Deckel, Torfkasten, Ofenvorsetzer, Feuergeräthständer, Zangen und Schaufeln, Kohlenlöffel, Feuerpocker empfiehlt in großer Auswahl billigt.

Wilhelmshaven. **B. Grashorn.** Belfort.

Empfehle eine große Auswahl von

Gold-, Silber- und Dublé-Sachen

zu **Weihnachtsgeschenken** passend, als: Brochen, Ohringe, Ringe, Ketten, Armbänder, Medaillons, Tuchnadeln, Kreuze u. ganze Garnituren zu Fabrikpreisen.

F. Schäfer, Hinterstraße 17.

Wir empfehlen unser sehr feines

Lagerbier

in Flaschen 1/3 Ltr. Inhalt 33 St. für Mk. 3,00,
in Gebinden von 10 Ltr. Inhalt an à Ltr. Mk. 0,20
frei ins Haus.

Wiederverkäufern gewähren entsprechenden Rabatt.

St. Johanni-Brauerei.

Contor Alte Straße 4.

Haushaltungsgegenstände

jeder Art empfiehlt in großer Auswahl billigt

Wilhelmshaven. **B. Grashorn.** Belfort.

Lager fertiger



Särge

und Leichenbekleidungs-Gegenstände
empfehlen billigt

E. Thumann.

Knaben- u. Stulpstiefeln

von 4 Mark an,

Herren-Schaffstiefeln

von 7 Mark.

Kinderschuhe

zu den billigsten Preisen.

Belfort. **E. Thumann.**

Empfehle:
Fass- und Flaschenbier

aus der Dampfbrauerei von Th. Fetztkötter in Jever.

33 Flaschen feines Tafelbier zu Mk. 3,00,
27 " dunkles Bier " 3,00.

Wiederverkäufern hoher Rabatt.

J. Fangmann,

Bismarckstr. 59, 1 Tr.

Im Verlage von **J. G. W. Diez**
in Stuttgart ist erschienen und
durch Unterzeichneten zu beziehen:

Illustrirter

Neue-Welt-Kalender
für das Schaltjahr 1888.

Inhalts-Verzeichniß: Kalendarium. — Gemeinnütziges. — Post- und Telegraphenachrichten. — Jahresrechnung, Zeitunterschiede, Statistisches u. — Messen und Märkte. — Das Jahr — ein Leben. — Planta, Studententopik. — Unser Flüchling. — Erzählung von Robert Schwindel. — Morgenroth. Gedicht. — Die Schlacht von Sempach. — Konfessionsmilde Studien. — Größenverhältnisse, Tiefen und Höhen auf der Erde. Von D. Köppler. — Eine Blitzphotographie. — Im Vorbeigeh'n. — Eine Gasse. — Novelette von Minna Kautsky. — Die Uelagen der Farbenpracht. Von Professor A. Döbel-Bort. — Von Stufe zu Stufe. Von W. Blos. — Fliegende Blätter. — Nebens, Rätsel.

Preis 50 Pf.

Expedition des „Volksblattes“.
F. Kühn.

Ausgezeichnetes

Pöckelfleisch

empfehlen

Belfort. **Johannes Arndt.**

**Rahm-
Goldsteiner
Limburger
gr. Kränzer-
Sarz-**

Käse.

F. E. Irps.

Neuen Honig,

pr. Pfund 50 Pf.
Neue grüne und graue

Erbisen

empfehlen **F. E. Irps.**

Prima neue holl.

Vollhäringe,

5 Stück für 20 Pf.
empfehlen **H. Begemann.**

Gerstenschrot,

à Centner Mk. 6,40,
empfehlen **H. Begemann.**

Mettwurst,

gute trockene Waare, pro Pfund 60 Pf.
Neubremen. **H. Vater.**

Fettes

Schweine-Fleisch

à Pfund 40 Pf.

Frische

Schweinsköpfe

bei Abnahme von halben Köpfen à Pfund
20 Pf.

empfehlen **E. Langer,**
Neuestraße 10.

Feinste

Cervelatwurst

bei Abnahme von 5 Pfund à Pfd. 75 Pf.
empfehlen **E. Langer,**
Neuestraße 10.

Berliner Kümmel-Käse

in frischer ausgezeichneter Qualität ist wieder
eingetroffen.

Tonnendich. R. Schöpke.

L. Hedemann,

Bismarckstr. 46, (Kopferhöfen),
empfehlen sich zum **Kind- u. Schweine-**
schlachten, sowie zum Anfertigen aller
Wurstsorten in sauberster Ausführung.

Die Bier-Niederlage

von

G. Endelmann,

Königstrasse 37,
Laß- und Laßbier
aus der Brauerei von Th. Fetztkötter, Jever,
33 Flaschen 3 Mk.

Dortmunder Aktienbier, 20 Fl. 3 Mk.
Bayrisch Bier aus der Brauerei von
Franz Erich, Erlangen, 20 Fl. 3 Mk.
Seckterwaasser eigener Fabrik.
Garzer Königsbrunnen.

Wiederverkäufern Rabatt.

Filzschuhe

und Pantoffeln in großer
Auswahl empfehlen

Th. W. Lübben,

Roonstraße 104.

Magdeburg. Sauerkohl

empfehlen
Belfort. **Johannes Arndt.**

Zu vermietten

zum 1. Dezember oder später eine Wohn-
nung zu 150 Mark in Neubremen.

Fr. Latann.

Verantwortlich für Redaktion und Verlag
F. Kühn in Bant.

Druck von A. Vogel & Co. in Braunschweig.